

ÖH-Wahlen: 22. – 24. Mai, Festsaal

Wählen gehen und diesmal richtig (links)!

KSV – Linke Liste

Liebe Studentin, lieber Student! Nach der kürzlich erschienenen April-Ausgabe feiert der KSV-WU einen schnellen publizistischen Doppelschlag mit der Veröffentlichung der Mai-Ausgabe. Diesmal hat uns dankenswerterweise Marina Einböck, Projektmitarbeiterin am Institut für Sozialpolitik unsere Fragen zu ihrer Arbeit sowie zu ihrer Meinung zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen beantwortet. Inspiriert von ihren Antworten befassen wir uns im zweiten Artikel mit Aspekten zu ebendiesen Fragestellungen.

Marina Einböck zu ihrer Arbeit, zu Studiengebühren usw.

KSV-WU: Was waren deine Beweggründe Projektmitarbeiterin zu werden und was sind deine Forschungsschwerpunkte bzw. Aufgabengebiete?

Marina: Durch meine Diplomarbeit „Grundeinkommen und Grundsicherung. Überlegungen zu Mindeststandards in Österreich“, die ich am Institut für Sozialpolitik verfasst habe und durch meine Diplomarbeitsbetreuerin Frau Ass.-Prof. Dr. Karin Heitzmann, MSc. habe ich einen Einblick in die Arbeit an der Universität bekommen. Außerdem habe ich das Wahlfach Sozialpolitik absolviert und somit einen noch genaueren Einblick in das Themenspektrum der Sozialpolitik bekommen. Die Lehre ist ja nur ein Arbeitsbereich der ProfessorInnen und AssistentenInnen. Viele Studenten bekommen im Laufe des Studiums ja leider nur wenig von den Forschungstätigkeiten an den Instituten mit.

Nach Beendigung meines Studiums hat mich ein 6monatiger Aufenthalt in Costa Rica, Nicaragua, Honduras und Panama zwangsläufig dazu bewogen, mich mit dem Thema Armut auseinander zu setzen.

Im Moment arbeite ich an einem Projekt über Armut und soziale Ausgrenzung Jugendlicher und Kinder in Österreich. Es handelt sich dabei um ein drittmittelfinanziertes Projekt im Zuge der Forschungslinie „Armut und soziale Ausgrenzung“. Am Institut gibt es noch zwei weitere Forschungslinien: Gesundheit und Pflege und Funktion und Veränderung in der Sozialwirtschaft.

KSV-WU: Wo siehst du Ansätze, mit deiner wissenschaftlichen Arbeit die Welt zu verändern bzw. einen positiven Beitrag zu leisten?

Marina: Meiner Meinung nach ist es ein etwas zu hoch gegriffenes Ziel, wenn man mit wissenschaftlicher Arbeit die Welt verändern möchte. Einer der Vorteile wissenschaftlichen Arbeitens an der Uni ist, dass man Forschungsarbeit ohne politische Beeinflussung betreiben kann. D.h., Daten und Fakten als Grundlagen für Entscheidungen aufzubereiten, eventuelle Schwachstellen und Forschungsbedarf aufzuzeigen, fehlende Informationen zu liefern und zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung beizutragen.

KSV-WU: Bekommen Studierende an der WU ansatzweise ein Wissen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge und für ein Wirken in gesellschaftskritischen Organisationen vermittelt?

Marina: Ich bin sehr wohl der Meinung, dass an der WU Proseminare angeboten werden, die Wissen und Bewusstsein über gesellschaftliche Zusammenhänge vermitteln. Im Zuge des BWL Studiums jedoch (und ich kann hier nur von BWL sprechen) muss man danach suchen. Diese Seminare sind in erster Linie über freie Wahlfächer zu absolvieren und nicht in das Pflichtstudienprogramm integriert. Sehr positiv finde ich beispielsweise die neue SBWL Management im NPO-Sektor. Oder ein Seminar, das ich während meines Studiums absolviert habe und an das ich mich sehr positiv erinnere, war „Ethik und Gerechtigkeit in der Internationalen Wirtschaft“. Es gibt auch immer wieder Ansätze der Studentenvertretungen, die Diskussionen und Vorträge zu gesellschaftlichen Themen organisieren.

KSV-WU: Wo siehst du die wichtigsten Faktoren für den Sozialabbau in den letzten Jahren?

Marina: Wofür und in welchem Ausmaß Geld vom Staat ausgegeben wird ist natürlich immer abhängig von der Prioritätensetzung der regierenden Partei(en). Ein wesentlicher Faktor war die Steuerreform, die zu einer Entlastung der Unternehmen, nicht aber der Arbeitnehmer geführt hat.

KSV-WU: Wie stehst du zur Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, auch um die Arbeitslosigkeit zu senken? Sind für dich andere Forderungen das Arbeitsleben und die Sozialpolitik betreffend interessant und wieso?

Marina: Eine Arbeitszeitverkürzung alleine muss nicht zwangsläufig mehr Arbeit schaffen. Der Staat müsste in diesem Fall mit weiteren aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumenten Anreize für die Unternehmen bereitstellen, mehr Arbeitnehmer einzustellen. Weiters muss bei einer Arbeitszeitverkürzung darauf geachtet werden, auch ein adäquates Einkommen zu gewährleisten. Ein Vorschlag beispielsweise besagt, die Bruttolöhne zu senken, während die Nettolöhne für den Arbeitnehmer gleich bleiben. Dabei würde der Staat die, in Österreich ohnehin sehr hohen, Lohnsteuer und Beiträge zur SV der Unternehmen senken. D. h., die Arbeitnehmer bekommen bei weniger Stunden eine volle Lohnauszahlung, der Faktor Arbeit wird für die Unternehmen durch die Senkung der Lohnnebenkosten billiger und stellt damit einen Anreiz für Firmen, mehr Arbeitnehmer einzustellen dar. Durch die Neueinstellungen sinken die Ausgaben des Staates für Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, usw. Werden allerdings falsche Anreize gesetzt, kann es bei einer vollen Lohnauszahlung bei weniger Arbeitsstunden zu einem Ansteigen der Arbeitskosten führen und somit eine negative Auswirkung auf den Wirtschaftsstandort haben. Eine weitere Forderung, die mir dazu einfällt ist natürlich die eines gesetzlich geregelten Mindestlohns in Österreich, Gleichbehandlung der Frau bezüglich des Einkommens, Entkoppelung der Arbeitslosenunterstützung an gewisse Voraussetzungen, freier Zugang zum Arbeitsmarkt in den EU-Mitgliedstaaten, usw.

KSV-WU: Schätzt du die Belastung der Studierenden durch die Studiengebühren hoch ein und wie stehst du zu den Studiengebühren? Was soll getan werden?

Marina: Ich persönlich bin gegen die Studiengebühren. Meiner Meinung nach ist Bildung etwas, wovon keine Person in Österreich ausgeschlossen werden darf. Knapp 400 Euro pro Semester zu bezahlen ist für einen Studenten, der keine finanzielle Unterstützung z.B. von den Eltern erhält oder aus der Studienbeihilfe fällt, eine hohe Summe. Ein Thema bezüglich Armut in Österreich ist die Weitervererbung von Armut von Generation zu Generation. Gerade freier Bildungszugang hilft, aus der sozialen Schicht auszubrechen.

Arbeitslosigkeit – Grundeinkommen – Arbeitszeitverkürzung

Angeregt von den oben abgedruckten Antworten von Marina Einböck entschlossen wir uns einige Aspekte zu den Themen Arbeitslosigkeit, Grundeinkommen und Arbeitszeit zu diskutieren. Von Harald Zeidler

Michael Wendl (2006: 39) spricht in Bezug auf die Antwort auf Arbeitslosigkeit von zwei Fehlauffassungen: Erstens, dass unserer Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, und daher ein bedingungsloses Grundeinkommen zu gewähren sei und zweitens, dass es für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ausreiche, die Arbeitszeit unter aliquoter Kürzung des Lohnes solidarisch unter die Lohnabhängigen zu verteilen. Diese Auffassung ist als Revival der Lohnfondstheorie zu sehen, die von Marx widerlegt wurde. Diese beruht auf der Verwechslung von Wert der Arbeitskraft und Wert der Arbeit.

Ich möchte im vorliegenden Artikel einerseits einige kritische Anmerkungen zum Grundeinkommen machen und andererseits die Positionen von Bontrup (2005: 16-24), der eine Arbeitszeitverkürzung neben einem starken öffentlichen Sektor propagiert, einfließen lassen.

Über die durchaus uneinheitlichen Finanzierungsstrategien des Grundeinkommens sei hier nicht gesprochen, es sollen grundsätzliche Argumente angesprochen werden, die sich auf alle Varianten des Grundeinkommens beziehen und damit eben auch nur ein kleiner Teil der Fragestellungen zum Grundeinkommen behandelt werden, da die Finanzierung ja ganz entscheidend ist.

Die Bundesgenossen für ein Grundeinkommen lassen einige Autoren in *Sozialismus* an der Fortschrittlichkeit des Grundeinkommens zweifeln. So befürworten ua Horst Köhler und der dm-Chef Götz Werner ein Grundeinkommen, Milton Friedman zählte zu Lebzeiten zu den Befürwortern. Der Begriff des Grundeinkommens wird dabei schwammig gebraucht und Konzepte einer negativen Einkommenssteuer, zu Unrecht wie Kreutz (2005: 20) meint, unter diesen Begriff subsumiert.

Die aus linker Sicht interessanten Varianten des Grundeinkommens betreffend, ist die Frage der Möglichkeit der Systemüberwindung durch das

Grundeinkommen zu stellen. Dem Einwand von GegnerInnen des Grundeinkommens, dass Arbeit in allen Gesellschaftsformationen notwendig ist und immer auch zur wichtigen Erprobung der Fähigkeiten, zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, zum Gefühl der Sinnhaftigkeit der eigenen Existenz notwendig ist, kann ja von BefürworterInnen des Grundeinkommens entgegnet werden, dass die frei gewordene Zeit von sich freiwillig aus dem Lohnarbeitsleben zurückziehenden eben für unentfremdete Arbeit genutzt werden kann, diese Form der Arbeitsorganisation möglicherweise die Keimform einer neuen Gesellschaftsformation darstelle.

Die Frage ist, ob diese Arbeitsformen über die bestehende Gesellschaftsordnung hinausweisen können. Die materiellen Produktionsbedingungen verbleiben unter der Kontrolle des Kapitals, die freie Zeit wirkt zwar wieder auf die Entwicklung der Produktivkräfte positiv zurück (Marx, zitiert nach Bontrup 2005: 23), kann sich in weiten Bereichen der Produktion und auch der Dienstleistungen aber nur unter Kapitalherrschaft entfalten. Diese bleibt zumindest vorerst unberührt. Soll das Bedingungslose Grundeinkommen für die Lohnarbeitenden nicht vernichtende finanzielle Folgen haben, wird die Kapitalseite wiederum genötigt, den Arbeitsdruck zu erhöhen. Im letztendlichen Kampf, der die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln stellen muss, sollen dann freiwillige, von den Erwerbstätigen möglicherweise als finanzielle Belastung empfundene AussteigerInnen gemeinsam mit diesen Erwerbstätigen auftreten. Eine konsequent linke, auf Systemüberwindung zielende Auslegung des Grundeinkommens würde meines Erachtens dieses Szenario implizieren.

Rainer Roth (2006) betont dagegen mögliche Entsolidarisierungseffekte zwischen den Erwerbstätigen und den BezieherInnen eines Grundeinkommens. Außerdem wird dieses Szenario unter Verweis auf die oben genannten Bundesgenossen und dem derzeitigen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht eintreten. Realistischer ist es als Linker eine Perspektive zu verfolgen, die alle Lohnabhängigen, ob gerade

beschäftigt oder arbeitslos interessensmäßig vereint und keine Spaltungen herbeiführt. Hierbei ist eine auf eine Verkürzung der Arbeitszeit orientierte Politik zu nennen.

Bontrup (2005: 24) plädiert für eine Arbeitszeitverkürzung durch einen quasi indirekten Lohnausgleich. Dies soll durch eine aliquote Reduktion des Bruttolohnes bei gleichzeitiger Entlastung bei der Lohnsteuer erfolgen. Es bleibt jedem Werk tätigen damit gleich viel im Börsel, die Steuern auf Gewinn- und Vermögen werden entsprechend erhöht. In Deutschland wäre hierzu lediglich die Steuerlastverteilung des Jahres 1960 wiederherzustellen, stellt Bontrup fest, ohne aber zu erwähnen, in welchem Maße die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Die Senkung der so genannten Lohnnebenkosten hält Bontrup nicht für sinnvoll, da dies zu Kaufkraftverlusten führe.

Marxens Ausführungen im dritten Band des Kapitals aufgreifend, ist von einer Investitionszurückhaltung bei einer als kurzfristig einzustufenden Absenkung der Profitrate auszugehen. Bei einer nachhaltigen Verschiebung der Klassenverhältnisse, hin zu einer Politischen Ökonomie im Sinne der Werk tätigen ist folgerichtig nicht bloß von einer kurzfristigen Verschlechterung der Verwertungsbedingungen zu sprechen.

Das oft als qualitativ Neue an der sogenannten Globalisierung bezeichnete, ist die Verlagerung der Arbeit rund um den Erdball. Deshalb besteht natürlich die Gefahr der Auslagerung. Diese ist wie Bontrup impliziert durch eine Erhöhung der Steuern auf Gewinne weniger stark gegeben als durch eine Erhöhung der Lohnkosten.

Es sei hier auf die marxistische Bestimmung der so genannten Lohnnebenkosten als Teil des Wertes der Arbeitskraft hingewiesen. Sowohl die Nettolöhne als auch die Leistungen der Sozialversicherung sind notwendig, um den Träger/die Trägerin der Arbeitskraft im normalen Zustand zu erhalten, da diese/r auch lebt, wenn die Arbeitskraft nicht (mehr) verkauft werden kann. Bei Leistungen zur Pensionsversicherung ist unmittelbar einsichtig, dass eine Reduzierung derselben einen Schlag ins Gesicht der Werk tätigen bedeutet. Eine durch eine Senkung der Arbeitslosigkeit ermöglichte Reduktion der

Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung würde die Lohnquote nicht ändern. Die Beiträge könnten natürlich auch erst einmal eingehoben werden und dann bei Nichtbedarf im Falle gesunkener Arbeitslosigkeit für andere Zwecke verwendet werden. Bei dieser nicht kostenneutralen Variante ist eben die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu beachten, was die Beschäftigungswirkung angeht. Der Klassenkampf muss daher international geführt werden, in jedem Land muss durch offensive Lohnpolitik, durch Arbeitszeitreduktion und durch progressive Steuerpolitik die Lage der Werk tätigen verbessert und damit die Verwertungsbedingungen des Kapitals verschlechtert werden. Dies wird zwar nicht synchron erfolgen können, aber die Richtung sollte klar sein. Die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln ist dabei natürlich die wesentliche, schließlich können durch Verstaatlichungen Abwanderungen verhindert werden. Außerdem ist zu bemerken, dass die Lohnstückkosten in Österreich und Deutschland zu den niedrigsten zählen und daher gerade diese Länder eine Verantwortung für das Verhältnis Kapital/Arbeit weltweit tragen, da ein race-to-the-bottom den Wettbewerbsdruck auf alle Länder erhöht.

Literatur:

- Bontrup, Heinz-J. (2005): Arbeitszeitverkürzung statt Wachstumsfetischismus, in: Sozialismus 12/2005
- Kreutz, Daniel (2006): „Bedingungsloses Grundeinkommen“ Verwirrung, Fallen und Legenden, in: Sozialismus 10/2005
- Roth, Rainer (2006): Zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens, Frankfurt
- Wendl, Michael (2006): Arbeitsgesellschaft als realwirtschaftliche Idylle? in: Sozialismus 1/2006

Impressum:

Unitat WU – rote Wirtschaftsseiten

Redaktion: Höld, Tschinkel, Zeidler

Redaktionsanschrift: Gußhausstr. 14/3, 1040 Wien

Verlags- und Erscheinungsort: 1040 Wien

E-Mail: ksv.wu@gmx.at

Homepage: www.comunista.at